

Holger Oppenhäuser

Demokratische Querfronten? Der neue Rechtspopulismus und die Ambivalenzen der direkten Demokratie

Mitte März wurde unter großer Medienaufmerksamkeit die Partei *Alternative für Deutschland* (AfD) gegründet. Exemplarisch für den Tonfall der Berichterstattung war der Beitrag im Heute-Journal (14.3.13). Demnach kam „nicht in einem muffigen Hinterzimmer, sondern im noblen Berliner Hotel Intercontinental, ein höchst bürgerliches Publikum – teils langjährige Mitglieder der CDU oder FDP – zusammen, um eine eurokritische Partei“ zu gründen. Passend zum nationalem Bezug im Parteinamen sind im Publikum schwarz-rot-goldene Schärpen zu sehen und ein Interviewpartner erklärt, dass „die CDU keine konservative Partei mehr“ sei. Dennoch „habe die Partei nichts mit Rechten oder gar Rechtsradikalen“ zu tun, wie der ehemalige BDI-Chef und heutige Unterstützer der AfD, Hans-Olaf Henkel versichert. Gegen „die im Vorfeld geäußerte Sorge, dass die Partei von Rechtsradikalen unterwandert werden könne“ scheint aber auch zu sprechen, dass sie „sich für Volksabstimmungen in wichtigen Fragen einsetzen will“.

In diesem TV-Beitrag wird einiges nicht gesagt. So zum Beispiel, dass der interviewte Hans-Olaf Henkel seit einiger Zeit selbst in der nationalistischen *Jungen Freiheit* publiziert (vgl. Berger 2011a), die per Live-Ticker vom Gründungsparteitag berichtet hat. Ein Blick auf die Vorgeschichte der AfD hätte zudem gezeigt, dass diese aus einer zivilgesellschaftlichen Kampagne gegen den Europäischen Stabilitätsmechanismus (ESM) hervorgegangen ist, in der sich langjährige Eurogegner aus dem nationalistischen Spektrum mit neuen Akteuren trafen. Und nicht zuletzt wäre es interessant gewesen, der Tatsache auf den Grund zu gehen, dass beide Kernforderungen der AfD – sowohl nach dem Euro-Austritt als auch nach Volksabstimmungen – seit Jahren in den Programmen der nationalistischen Parteien bis hin zur NPD zu finden sind.

Um diese Zusammenhänge soll es im Folgenden gehen. Zunächst werden die wesentlichen Träger der rechten Anti-ESM-Kampagne (1), ihre Kritik an der EU (1.1), ihre Deutung der ökonomischen Krise (1.2) und ihre soziale Basis (1.3) vorgestellt. Anschließend geht es um den Demokratiebegriff dieser Akteure (2), auf dessen Basis sie in einem breiten zivilgesellschaftlichen Bündnisses agieren konnten, das „direkte Demokratie“ und insbesondere Volksabstimmungen im

Falle des ESM und anderer europäischer Verträge gefordert hat (2.1). Vor diesem Hintergrund wird das rechtspopulistische Verständnis von Demokratie genauer beleuchtet (2.2) und auf Ambivalenzen der „direkten Demokratie“ hingewiesen, die oft übersehen werden (2.3). Abschließend werden mögliche Entwicklungen der *AfD* knapp skizziert (3).

1. Die rechtspopulistische Kampagne gegen den ESM

Zu den Unterstützern der *AfD* zählt die sogenannte *Professorengruppe* um Karl-Albrecht Schachtschneider und Wilhelm Hankel, die eine von vier Verfassungsbeschwerden gegen den ESM-Vertrag eingereicht hat und auf vielfältige Weise in die zivilgesellschaftliche Anti-ESM-Kampagne eingebunden war. Diese Gruppe zählte schon zu Zeiten des *Bund freier Bürger* in den 1990er Jahren zu den nationalistischen Kritikern der EU und des Euro. Seither hat sie in wechselnder Konstellation gegen alle wesentlichen europäischen Verträge in Karlsruhe geklagt und dies in der nationalistischen Presse publizistisch begleitet, insbesondere in der *Jungen Freiheit* (*JF*) und jüngst mit einer Reihe von Büchern im *KOPP-Verlag*, der ansonsten auf rechte Esoterik und Verschwörungsschriften spezialisiert ist¹.

Hauptsächlich getragen wurde die ESM-Kampagne allerdings durch eine Reihe von relativ neuen Akteuren, die nicht direkt aus dem Milieu der nationalistischen Organisationen stammen, von dort aber aufgrund ihrer Haltung zur Eurozonenkrise großen Zuspruch erfuhren. So hat die *JF* (22/12) die *Freien Wähler*, die *Zivile Koalition*, das *Aktionsbündnis Direkte Demokratie* und das *Bündnis Bürgerwille* unter der Überschrift „Die tun was“ (gegen den ESM) vorgestellt und zu den Kundgebungen, die diese Gruppen in verschiedenen Städten organisierten, kamen Vertreter diverser rechter Organisationen bis hin zur *NPD*². Zu einem formalen Bündnis mit solchen Organisation kam es allerdings nicht,

1 Mitkläger von Schachtschneider und Hankel gegen den ESM waren Bruno Bandulet, Wilhelm Nölling und Joachim Starbatty. An der Klage gegen den EFSF war noch Dieter Spethmann beteiligt und auch die Ko-Autoren Bernd-Thomas Ramb und Udo Ulfkotte (vgl. DM: 2012) können als Teil der Gruppe angesehen werden. Auf der Website der *AfD* werden Hankel, Schachtschneider, Bandulet, Spethmann und Starbatty als Unterstützer genannt (<https://www.alternativefuer.de> [29.4.13]). Zur organisatorischen Einbindung der Gruppe in die nationalistische Recht vgl. BFB 1994, Schui u.a. 1997: 173ff, Maegerle 2009. Des weiteren hat die FPÖ Hankel als Experten für eine von ihr anberaumte parlamentarische Anhörung zum ESM nominiert, während Ramb von der FPÖ-Abspaltung BZÖ benannt wurde (vgl. *JF* 28/2012: 9).

2 Berichte darüber sind unter anderem auf den Seiten der Antonio-Amadeo-Stiftung (<http://www.publikative.org>) und von AIDA (<http://www.aida-archiv.de> zu finden) zu finden.

sondern aus der engen Kooperation der vier genannten Akteure und der *Professorengruppe* ging letztendlich – unter steter publizistischer Begleitung durch die *JF* – die *AfD* hervor.

Zunächst schien die parteipolitische Option dieser Strömung allerdings in einer Ausdehnung der *Freien Wähler (FW)* auf Bundesebene zu bestehen. So hat sich die *Bundesvereinigung der FW* um Hubert Aiwanger³ 2012 weitgehend auf eine Kampagne gegen den ESM konzentriert (vgl. Berger 2012). Im Zuge dessen hat sie eine Unterstützungserklärung zur Verfassungsbeschwerde der *Professorengruppe* abgegeben, während Hankel und Schachtschneider direkt nach dem Einreichen der Beschwerde bei einer Kundgebung der *FW* in Karlsruhe aufgetreten sind. Zur kommenden Bundestagswahl wollten die *FW* zunächst im Bündnis *Wahlalternative 2013* antreten, zu dessen Unterstützern ebenfalls Teile der *Professorengruppe* sowie die Protagonisten der anderen drei Organisationen gehörten. Nach einem relativ schlechten Ergebnis von 1,1% bei der Landtagswahl in Niedersachsen wurde das Bündnis jedoch aufgelöst und es kam zur Gründung der *AfD*, zu der Teile der *FW* übergelaufen sind.

Zu den Unterstützer/inne/n der *AfD* zählt auch Beatrix von Storch von der *Zivilen Koalition (ZK)*. Die primär im Internet agierende *ZK*⁴ präsentiert sich als eine Art Bürgerinitiative, ist allerdings eher ein von finanzkräftigen Kreisen getragenes PR-Projekt, das ultrakonservative gesellschaftspolitische Positionen mit den Kernforderungen des Neoliberalismus verknüpft (vgl. Berger 2011b). Den ESM hat die *ZK* als „antidemokratische Brüsseler Organisation“ und Ausdruck einer „Schulden- und Inflationsunion“ kritisiert. Ein entsprechendes Video fand via YouTube große Verbreitung und wies auf eine Website hin, von der aus Protestmails an Bundestagsabgeordnete verschickt werden konnten. Zudem hat die *ZK* Diskussionsveranstaltungen (u.a. mit Schachtschneider und Hankel) und Kundgebungen organisiert.

Dabei hat sie mehrfach mit dem *Aktionsbündnis Direkte Demokratie (AbDD)* kooperiert, das sich als Protestplattform „gegen den Euro-Rettungswahnsinn und die EU-Diktatur“⁵ präsentiert und insbesondere die Einführung von Plebisziten fordert. Gegründet wurde das *AbDD* im Zuge der ESM-Kampagne von Bernhard Seitz, von der marktradikalen *Partei der Vernunft*, der zugleich das *Bündnis Bürgerwille* unterstützt hat und nun ebenfalls Unterstützer der *AfD* auftritt.

Das *Bündnis Bürgerwille (BüBü)* schließlich wurde von Bernd Lucke initiiert, einem neoliberalen Ökonomen, der sich schon zuvor mit nationalistischen Ar-

3 Die *Bundesvereinigung der FW* steht als Partei und für den innerhalb der *FW* umstrittenen Versuch einer Ausdehnung von der kommunalen Ebene auf die Landes- und Bundesebene.

4 <http://www.zivilekoalition.de> (01.03.13)

5 <http://eurodemostuttgart.wordpress.com> (01.03.13)

gumenten gegen den EFSF und die Bankenunion gewandt hatte (vgl. Ohanian 2012) und nun als Sprecher der *AfD* fungiert. Das Bündnis hat eine Erklärung zum ESM veröffentlicht, in der die Ermöglichung geordneter Staatsinsolvenzen, eine Austrittsoption aus dem Euro und Plebiszite im Falle der „Abtretung von Souveränitätsrechten an die EU“⁶ gefordert werden.

In die gleiche inhaltliche Richtung wiesen auch die Konferenz „Bürger gegen den Euro-Wahn“ und die „Souveränitätskonferenz“⁷, auf denen sich rechtspopulistische Eurokritiker, darunter Schachtschneider und Hankel, vor einem relativ großen Publikum versammelten. Organisiert wurden beide Konferenzen vom Publizisten Jürgen Elsässer, der seit einigen Jahren einen nationalen Schulterchluss gegen die Globalisierung propagiert.

Spätestens die Gründung der *AfD* und die mediale Resonanz darauf haben deutlich gemacht, dass diese zunächst obskur anmutende Ansammlung von Splittergruppen für eine breitere ideologische Tendenz steht und den zivilgesellschaftlichen Kern eines entsprechenden politischen Projektes bilden könnte. In gewisser Hinsicht handelt es sich um eine rechtspopulistische Strömung, die in Deutschland bisher stets gescheitert war und die nun unter den spezifischen Bedingungen der (Eurozonen-)Krise wiederauflebt. Schon in den 1990er Jahren gab es Anzeichen für das Entstehen einer Partei, die sich programmatisch vor allem durch eine Mischung aus Nationalkonservatismus und Neoliberalismus auszeichnet (vgl. Schui u.a. 1997). Neben entsprechenden Kerntemen – Stärkung der Exekutivorgane, rassistische Ablehnung von Einwanderung und Polemik gegen den Sozialstaat – spielten bereits damals nationalistische Argumente gegen die EU im Allgemeinen und die Einführung des Euro im Besonderen eine zentrale Rolle. Nach dem Scheitern der entsprechenden parteipolitischen Ansätze blieben die Polemiken gegen die EU und den Euro zwar Kerntemen im nationalistischen Lager, fanden angesichts der Einführung des Euro und der fortschreitenden Europäischen Integration darüber hinaus aber wenig Resonanz.

Dies änderte sich jedoch, als im Zuge der Krise der Fortbestand des Euro und der EU in der Öffentlichkeit und Teilen der Regierungskoalition plötzlich vermehrt in Frage gestellt wurde. Dass der Band *Gibt uns unsere D-Mark zurück* (DM: 2012) der *Professorengruppe* gar zur Titelstory von *Focus Money* (25/12) wurde, ist nur der extremste Ausdruck einer verbreiteten medialen Deutung, nach der die Eurozonen-Krise primär von den „unsoliden Südländern“ verursacht worden sei, „für die wir nun zahlen sollen“. Gefördert wurde diese Deutung nicht zuletzt durch öffentliche Stellungnahmen zahlreicher Ökonomen, etwa

6 <http://buendnis-buergerwille.de> (01.03.13)

7 www.euro-konferenz.de/und <https://www.compact-magazin.com/souveranitatskonferenz-am-24-11-2012-in-berlin/>(01.03.13)

den wechselseitig unterstützten Initiativen von Hans-Werner Sinn und Bernd Lucke (vgl. Ohanian 2012). Insbesondere in Teilen des ohnehin verunsicherten bürgerlichen Publikums fielen solche Stimmen auf einen fruchtbaren Boden (s.u.).

Die politische Relevanz solcher Positionen hat sich unter anderem daran gezeigt, dass Luckes *BüBü* nicht nur von Vertreter/inne/n der oben genannten Gruppen, sondern auch aus den Reihen von *CDU*, *FDP* und *SPD* unterstützt wurde. Hauptsächlich zum Tragen kam diese Tendenz zunächst allerdings in Form von Strömungen innerhalb der Regierungsparteien, die nur mit einiger Mühe eingebunden werden konnten. Auf diese rechtspopulistische Subströmung des Regierungslagers (vgl. Huke/Triandafilidou 2012: 23) hatten zunächst auch die Träger der ESM-Kampagne ihre Hoffnungen gesetzt⁸, bevor sich aus ihren Reihen heraus ein eigenständiger Ansatz herausgebildet hat.

1.1 Die nationalistische EU-Erzählung

Die Kampagne gegen den ESM war eingebettet in eine EU-Erzählung, die unter dem Schlagwort „Europa der Vaterländer“ seit Jahren in Publikationen der nationalistischen Rechten zu lesen ist, nämlich die Klage über die „Aufgabe nationaler Souveränität zugunsten einer EU-Diktatur“. Auf einer Titelseite der *JF* (27/12) wird dies in einem Bild verdichtet auf dem sich der Bundesadler im Griff der als Würgeschlange dargestellten EU befindet⁹. Im DM-Buch der *Professorengruppe* spricht Schachtschneider von einem „Staatsstreich gegen die Völker“, mit dem ein europäischer „Einheitsstaat“ (DM 2012: 18f) herbeigeführt werden solle. Die „kapitalistische, politische und mediale Klasse“ vertrete eine „geradezu religionshafte Ideologie de(s) Egalitarismus, der eine Unterschiedlichkeit der Lebensverhältnisse und eine Unterschiedlichkeit der Völker nicht mehr zulassen will“ und diese „von internationalistischer Ideologie bestimmte Politik“ führe direkt in die „bürokratische Diktatur“ (ebd. 45ff) der EU. Die „neue Ermächtigung“ (ebd.: 48) in Sachen ESM, sei nur das jüngste Beispiel. Die nationalen „Parlamente die, allenfalls noch einen Schein von Demokratie beitragen, beweisen mit ihrer Zustimmung [...] ihren ideologischen Integrationseifer“ und das „deutsche Volk und auch andere Völker der Union wagt man nicht um ihr Einverständnis hinsichtlich der europäischen Integrationspolitik zu bitten“ (ebd.: 47). Dementsprechend lässt die *ZK* in ihrem ESM-Video den Bundestag im Meer der EU versinken und den Bundesadler wird in Ketten gelegt, während

8 Exemplarisch dafür sind etwa Kooperationen der *ZK* mit den „Abweichlern“ Frank Schäffler (*FDP*) und Klaus-Peter Willsch (*CDU*).

9 Vgl. zum Folgenden auch die „Letzte Warnung“ der *JF* (22/12) vor dem „ESM-Ermächtigungsgesetz“.

der Gouverneursrat des ESM als ominöses EU-Gremium erscheint, das künftig über die nationalen Parlamente – insbesondere das deutsche¹⁰ – bestimme.

Auffällig ist an diesen Stellen die Vermischung demokratietheoretischer und nationalistischer Argumente. Ausgehend von fraglos bestehenden Demokratie-defiziten der EU und der Einschränkung parlamentarischer (Budget-)Rechte im Zuge der Krisenpolitik¹¹ endet die Argumentation bei der Vorstellung von der „Homogenität der Völker“ (ebd.: 44). So könne ein demokratisches Europa nur auf der „Souveränität der Völker“ beruhen, weil die „europäischen Völker [...] sich bisher nicht in dem Maße vermischt [hätten], dass ein europäisches Volk entstanden wäre“ (ebd.: 17f). Die angeblich intendierte „Veränderung der Bevölkerungen durch Zuwanderung“ (ebd.: 17f) stoße nämlich auf zu viel Widerstand. Die Frage nach dem Volk im Sinne einer europäischen Bürgerschaft (vgl. Balibar 2005), also nach der (defizitären) Institutionalisierung demokratischer Verfahren in der EU, erscheint hier schlicht als Frage der „Vermischung von Völkern“. Dabei findet ein gleitender Übergang vom Demos zum Ethos statt, vom Volk im potenziell inklusiven demokratietheoretischen Sinne hin zu seiner Definition als exklusiver Abstammungsgemeinschaft, die kulturalistisch (und letztlich biologistisch) bestimmt wird. Dementsprechend ist das DM-Buch mit rassistischen Ressentiments durchsetzt¹².

Dies verweist implizit auf Carl Schmitt, der „in der nationalen Homogenität“ (Schmitt 1926: 14) und nicht etwa in der Rechtsgleichheit der Bürger das wesentlichen Merkmal der Demokratie seit dem 19. Jahrhundert sehen wollte. Demnach zeige sich die „politische Kraft einer Demokratie [...], daß sie das Fremde und Ungleiche, die Homogenität Bedrohende zu beseitigen oder fernzuhalten weiß“ (ebd.). Im Rahmen dieser Homogenität bedürfe die Demokratie auch keiner speziellen Verfahren. Entscheidend sei die „Substanz der Gleichheit“ im Sinne des Ethnos und nicht „abstrakte logarithmetische Spielereien“ (ebd.), nämlich

10 Übergangen wird dabei freilich, dass die Gouverneure des ESM niemand anders als Finanzminister der Mitgliedstaaten sind, wobei der deutsche Minister in wichtigen Fragen faktisch ein Vetorecht hat, da die Stimmen nach der Höhe der Einlagen gewichtet sind.

11 Wie schon beim deutschen Finanzmarktstabilisierungsfonds (SoFFin) übergibt das Parlament auch im Falle des ESM die Entscheidungsbefugnis über Summen, die den jährlichen Bundeshaushalt übersteigen, dauerhaft an Exekutivorgane, deren Entscheidungen es nicht mehr kontrollieren kann.

12 So prognostiziert Ulfkotte unter anderem, der „Zusammenbruch der Sozialsysteme und de[r] Euro-Crash“ würden „gewaltige Flüchtlingsströme innerhalb Europas entstehen lassen“ (DM 2012: 105) und rät, sich nur „einmal vorzustellen, wie jene Kosovo-Albaner, die schon heute zu mehr als 100 Prozent von Hartz-IV-Leistungen leben und vor allem in der Kriminalitätsstatistik auffallen“ (ebd.: 102) in dieser Situation reagieren würden. Wenn sich im Zuge der Krise der „Wutstau entlädt“, würden sich nicht zuletzt „Inländer und Ausländer“ (ebd.: 105) gegenüberstehen.

die Ergebnisse von Wahlen und Abstimmungen. Demokratie stehe auch nicht im Gegensatz zur Diktatur, denn das Volk könne durch einen Einzelnen ebenso gut repräsentiert werden wie durch ein Parlament (vgl. ebd.: 13, 42) und der „Wille des Volkes“ könne in diesem Rahmen „durch Zuruf, durch acclamatio, durch selbstverständliches unwidersprochenes Dasein ebenso gut und noch besser demokratisch geäußert werden“ (ebd.: 22) als durch andere Verfahren. Diese Umdeutung von Demokratie in ein System unbeschränkter Exekutivgewalt trifft sich mit Schmitts berühmter Definition von Souveränität als Entscheidung über den Ausnahmezustand (vgl. ebd.: 53).

Die Souveränität – eines der zentralen Schlagworte in der Anti-ESM-Kampagne – gehört, ebenso wie das Volk, zu den zentralen Begriffen der nationalistischen Erzählung und sie ist ebenso vieldeutig (vgl. Balibar 2005: 220ff). In der modernen Verbindung mit dem Nationalstaat transportiert die Rede von Souveränität zugleich das Bild der einstigen Fürstensouveränität, die völkerrechtliche „äußere Souveränität“ sowie die staatsrechtliche „innere Souveränität“. Und die „innere Souveränität“ weist wiederum Bezüge zum demokratietheoretischen Ausgangspunkt der „Volkssouveränität“ einerseits und der von Schmitt betonten faktischen Entscheidungsgewalt staatlicher Organe andererseits auf. In diesem konnotativen Zusammenhang setzt die nationalistische Rechte die Akzente stets so, dass Entscheidungsbefugnisse vom Demos zur Exekutive gleiten und soziale Konflikte als „Gegensätze zwischen Völkern“ erscheinen¹³. Dies zeigt sich an auch an ihrer Deutung der Eurozonenkrise.

1.2 Die ökonomische Erzählung

Laut Schachtschneider verletzen die „Politik der Euro-Rettung“ und insbesondere der ESM „die Staatseigenschaft und die Souveränität Deutschlands, die Artikel 20 Abs. 1 GG und Art. 146 GG schützen“, denn sie schaffe eine europäische „Finanzunion, die zugleich eine Haftungs-, Schulden und Sozialunion“ (DM 2012: 23f, vgl. 58f) sei. Hier wird das Prinzip der Volkssouveränität (Art. 20 und 146 GG) als „deutsche Souveränität“ gefasst und damit zugleich auf das Gebiet der (Volks)Wirtschaft übertragen und nach außen – gegen eine „europäische Sozialunion“ – abgegrenzt. Eingebettet in das Lamento vom „Nettozahler“ (ebd.:

13 Angesichts dessen ist es bedenklich, wenn zur Verteidigung sozialer Rechte und demokratischer Verfahren primär der „Transfer von nationalstaatlicher Souveränität – und damit auch [!] demokratischer, parlamentarischer Rechte – an den supranationalen Zentralstaat in Formierung“ (Fisahn u.a. 2012: 14) beklagt wird. Damit werden unnötige semantische Brücken zu jener nationalistischen Rechten gebaut, die zugleich als Gefahr benannt wird (vgl. ebd.).

81) Deutschland, der „nach zwei Weltkriegen und einem Völkermord noch immer [...] Wiedergutmachung“ (ebd.: 10) leisten solle, lautet die zentrale Botschaft: „Sie! Also der deutsche Steuerzahler“ (ebd.: 81) zahlen für „die anderen“¹⁴. Des weiteren werden die Ankäufe von Staatsanleihen und die expansive Geldpolitik der EZB kritisiert, weil dies zusätzlich zur „Sozialunion“ in eine „Inflationsunion“ führe (vgl. ebd.: 11f, 21, 41f)¹⁵. Dies fügt sich in die generelle Klage über den Verlust der harten DM. Schon die Einführung des Euro habe „unsere bürgerliche Souveränität“, nämlich das „Eigentumsrecht“ verletzt, da seine „Wahrung [...] in der Währungspolitik“ (ebd.: 22f) des eigenen Staates nicht mehr möglich sei. Hier schließt die zentrale Forderung nach einer Rückkehr zu nationalen Währungen samt monetaristischer Zentralbank und Staatsfinanzierung am Markt an.

Zwar werden auch die „Verletzungen der Souveränität der Nehmerländer“ durch den Fiskalpakt und die Memoranden der Troika sowie deren makroökonomischer Unsinn benannt (vgl. ebd.: 53ff, 91f), zugleich wird aber die Politik und letztlich das „Wesen der Südeuropäer“ als zentrale Ursache der Krise präsentiert. Die „Inflationslust“ bzw. der „Unlust Lohnkostendisziplin zu wahren“ (ebd.: 11) und der zu niedrigen Zinsen mögliche „Über- und Luxuskonsum in der Südhälfte der Euro-Union“ (ebd.: 12) sei von Beginn an durch den Norden finanziert worden¹⁶. Das Grundproblem sei, dass eine Währung die „Homogenität der Volkswirtschaften“ voraussetze, die „wesentlich eine Eigenart des ganzen Volkes“ widerspiegle¹⁷ und für eine Politik des bundesstaatlichen Ausgleichs fehle die „die innere Solidarität der Menschen der verschiedenen Völker“ (ebd.: 43f). Dennoch ermögliche der ESM den „nicht stabilitätsorientierten Mitgliedern [...] auf Kosten fremder Völker“ (ebd.: 41) weiter zu machen wie bisher. Dabei fällt unter den Tisch was an anderer Stelle erwähnt wird, nämlich erstens die Auflagen und zweitens, dass hier keine „Völker“ oder „Staaten“ gerettet werden sondern

14 Diese auf den Gegensatz von „innen und außen“ fixierte, fiskalpolitische Argumentation blendet zum einen die private Ebene der Außenwirtschaftsbilanz aus und verdeckt zum anderen die entscheidende Frage, welche „inneren Bevölkerungsgruppen“ welchen Anteil am Steueraufkommen der Staaten tragen.

15 Entgegen der tatsächlichen Inflationsrate sieht Schachtschneider aufgrund des Benzinspreises die Inflation schon im Kommen (vgl. DM 2012: 42). Zur Kritik des verbreiteten Inflationsargumentes vgl. Troost (2012).

16 Mag darin noch eine krude Fassung des Problems der wirtschaftlichen Ungleichgewichte in Europa zu erkennen sein, ist es doch bezeichnend, dass die umgekehrte Perspektive, nämlich die Exportorientierung und niedrigen Lohnstückkosten Deutschlands überhaupt nicht in den Blick geraten.

17 Wo das homogene Volk beschworen wird, ist das rassistische Ressentiment nie weit und so wechselt Hankel im Zusammenhang mit der Währungsfrage plötzlich das Terrain: „[D]ie Bananen wachsen in Afrika bekanntermaßen von selbst. Die braucht man nicht anzupflanzen. Afrika fängt bis zu einem gewissen Grade in Südeuropa an“ (DM 2012: 93)

Gläubiger, nicht zuletzt solche aus Deutschland. Laut Schachtschneider hätte deren Kreditvergabe an fremde Staaten generell unterbunden werden müssen, weil „ausländische Anleger [...] nicht der Schicksals- und Rechtsgemeinschaft des Staates angehören“ (ebd.: 56), welche die Kosten der Krise im Zweifel „unter sich ausmachen“ müsse. Insofern sei der „internationale [!] Kapitalismus [...] mit dem demokratischen Prinzip unvereinbar“ (ebd.: 57).

Der „internationale Kapitalismus“ ist hier freilich nicht mit der „Marktwirtschaft“ zu verwechseln, als deren Vorkämpfer sich Hankel präsentiert: „Ich kämpfe für unsere Marktwirtschaft. Und ich kämpfe für den Erhalt unseres Geldes, für unseren Wohlstand und dafür, dass unsere Kinder ähnlich gut leben können wie wir“ (ebd.: 80). Sein Gegner ist die „Transferunion als neue Form des Sozialismus“ mit dem „Politbüro“ in „Brüssel“ (ebd.: 85). Dementsprechend soll der Markt auch das Problem der schwelenden Finanzkrise lösen. So heißt es zur Spirale von Bankenrettung und staatlichen Refinanzierungsproblemen – die sich im Kern um die anstehende Vernichtung fiktiven Kapitals dreht (vgl. Demirovic/Sablowski 2011: 86f) – schlicht, die Investoren sollen die Verluste tragen und im Zweifel in die Pleite geschickt werden (vgl. DM 2012: 14, 54). Ob die in ihren Folgen schwer abschätzbare Kombination aus unkontrollierten Bankenpleiten und Rückkehr zu nationalen Währungen realistisch wäre sei dahingestellt. Absehbar ist jedoch, dass die ausdrücklich geforderte Konkurrenz auf den Handels-, Währungs- und Anleihemärkten (vgl. ebd.: 80f, 93f), nicht nur die Rückkehr von innereuropäischer Währungsspekulation, sondern weiterhin permanenten Druck auf die Lohnstückkosten, die Fiskalpolitik und die sozialen Sicherungssysteme der Staaten bedeuten würde¹⁸.

1.3 Die soziale Basis

Dieses Programm bringt eine Position zur Krisenbewältigung im insgesamt konfusen bürgerlichen Lager (vgl. Demirovic/Sablowski 2011) auf den Punkt und bedient dabei bestimmte Ängste deutscher Vermögensbesitzer. Diese befürchten erstens mit höheren Steuern für die staatliche Bankenrettung aufkommen zu müssen, die völlig verquer als angebliche Europäisierung des Sozialstaates gedeutet wird und zweitens eine Entwertung ihres Geldvermögens durch die vermeintlich inflationäre Politik der EZB sowie einen internationalen Wertverlust des Euro bis hin zu dessen Zusammenbruch. So gibt Ramb im DM-Buch nicht nur Tipps, wie

18 Mit Blick auf die südeuropäischen Länder wird argumentiert, dass sie dann das Instrument der Abwertung wieder nutzen könnten und den Lohnabhängigen in Nordeuropa wird der Konkurrenzdruck mit dem Argument schmackhaft gemacht, dass ihr Einkommen durch die Härte der Währung ja international vergleichsweise hoch wäre.

privates Vermögen in dieser Situation am besten anzulegen sei, sondern beklagt zugleich, dass „die sozialistische Durchdringung unserer Gesellschaft mit dem Irrglauben des [!] allmächtigen sozialen Wohlfahrtsstaates[] uns doch in die heutige miserable Situation gebracht“ (DM 2012: 150) habe.

Georgi/Kannankulam (2012) haben diese Position in der Perspektive der materialistischen Staatstheorie treffend charakterisiert. Sie unterscheiden mehrere auf das „Staatsprojekt Europa“ bezogene Hegemonieprojekte. Darunter ein national-konservatives Projekt, das der nationalistischen Europaerzählung entspricht und EU wie Euro von Beginn ablehnend gegenüberstand, sowie ein neoliberales Projekt, das den über die EU implementierten wettbewerbsstaatlichen Umbau der vergangenen Dekade befürwortet hat. Im Zuge der Krise zerfällt dieses – zunächst von transnationalen (Finanz-)Konzernen sowie Teilen von hochqualifizierten Arbeiter/inne/n, Selbständigen, Staatsangestellten und Vermögensbesitzer/inne/n getragene – neoliberale Projekt in Fraktionen, die gegensätzliche Bündniskonstellationen eingehen. So entsteht unter anderem eine Allianz, „in der Strategien des national-konservativen Hegemonieprojektes mit den politischen Vorstellungen einer orthodox-monetaristischen, ordoliberalen Wirtschaftstheorie eine Verbindung eingehen“ (ebd.: 9). Diese vor allem „in den „Kern- oder Nordstaaten“ auftretenden [...] national-neoliberalen Strategien [...] stützen sich auf die sozialen Basis des national-konservativen Hegemonieprojektes (konservative Milieus, Kleinunternehmerschaft, Teile des Mittelstands) und auf die gerade in Deutschland extensive Verankerung monetaristischer [...] Diskurse“ (ebd.).

Die angedeutete „mittelständische“¹⁹ Basis dieser Strömung stimmt mit den Erkenntnissen über die sozialstrukturelle Prägung der *FW* und ähnlicher Gruppen überein (vgl. Holtmann 2012: 31ff). Dementsprechend ist das Grundsatzprogramm der *FW* ordoliberal ausgerichtet und betont explizit die Interessen mittelständischer Unternehmer (vgl. *FW* 2012: 25f), die auch im DM-Buch besonders herausgehoben werden (vgl. DM 1012: 45, 83ff) und traditionell im Zentrum der Aufmerksamkeit nationalistischer Parteien stehen (vgl. Schui u.a. 1997: 135, 161, 179). Die AfD dürfte sich in eine ähnliche Richtung entwickeln, wobei das ad hoc erstellte „Programm“ – abgesehen von der zentralen Währungsfrage und der Fiskalpolitik (Kirchhof-Modell plus Schuldenbremse) – bisher noch gar keine wirtschaftspolitischen Aussagen enthält.

19 Auf die Unklarheit des „Mittelstandes“, dem sowohl in der Selbst- als auch in der (wissenschaftlichen) Fremdzuschreibung höchst unterschiedliches subsumiert wird, kann hier nicht weiter eingegangen werden, obgleich dies ein wichtiges ideologisches Moment der sozialen Auseinandersetzungen ist, das gerade bei rechtspopulistischen Strömungen zum Tragen kommt.

2. Mit Rechtspopulisten zu mehr Demokratie?

2.1 Ein breites Bündnis in der ESM-Frage

Angesichts der Übereinstimmungen in zentralen ökonomischen Fragen, nicht zuletzt in der nationalistischen Krisenerzählung, verwundert es kaum, dass zu den Kundgebungen von *FW*, *ZK* und *AbdD* auch Vertreter der *NPD* kamen, die in ihrer Kampagne „Raus aus dem Euro“ kaum anders argumentierten²⁰. Die Träger der rechten Anti-ESM-Kampagne reagierten darauf aber mit einer verbalen Abgrenzung „gegen Extremismus“ und haben ihrerseits gezielt versucht, linke Organisationen in ihre Proteste einzubinden. Wenngleich dies weitgehend misslang²¹ fand sich dennoch ein breites Bündnis unter dem Dach von *Mehr Demokratie e.V.* zusammen. Dessen Vorsitzender Roman Huber trat auf einer ESM-Kundgebung der *FW* in München auf, während die Verfassungsbeschwerde von *Mehr Demokratie* gegen den ESM umgekehrt von den *FW* und vom *BüBü* unterstützt wurde. Vermittelt über das *BüBü* unterstützen also die Protagonisten der rechtspopulistischen ESM-Kampagne gemeinsam mit Vertretern von *CDU*, *FDP*, *SPD*, *Grünen*, *ÖDP* und *Piraten* die Initiative von *Mehr Demokratie* und auf der Website zur Verfassungsbeschwerde warben zugleich der Publizist Christian Felber, ein bekanntes Mitglied von *Attac Österreich*, und Gerd Habermann, ein Gründer der *Hayek-Gesellschaft* und Unterstützer des *BüBü*.

Die Breite dieses Bündnisses mag dadurch zu erklären sein, dass sich die Kampagne von *Mehr Demokratie* weitgehend auf den Aspekte der demokratischen Verfahren konzentrierte und insbesondere eine Volksabstimmung über den ESM-Vertrag gefordert hat²². Zudem werden politische Projekte auf der europäischen Ebene des Öfteren sowohl von Nationalisten als auch von linken Kritikern der neoliberalen EU abgelehnt, die aber in aller Regel und aus gutem Grund getrennt agieren. Dennoch ist die Konstellation beim ESM kein Einzelfall, sondern durchaus typisch für die generelle Unterstützung von *Mehr Demokratie* aus allen politischen Lagern, von der *LINKEN* bis hin zu jenem Spektrum, das die rechte ESM-Kampagne getragen hat (vgl. Wagner 2011: 81ff).

20 Vgl.: <http://nein-zum-euro.de>. Auf die durchaus bedeutenden Reibungspunkte zwischen dem „völkisch nationalen Korporatismus“ der *NPD* (vgl. Zimmermann 2011) und neoliberalen Wirtschaftskonzepten kann hier nicht eingegangen werden.

21 Mehrfach waren im Internet Kundgebungen mit Vertretern der *LINKEN* angekündigt, die allerdings abgesagt haben und in Berlin ist eine Einzelperson im Namen von *Attac* aufgetreten, wovon sich die Organisation bereits im Vorfeld deutlich distanziert hat.

22 Allerdings neigt die ökonomische Interpretation der Eurozonenkrise, die im Magazin von *Mehr Demokratie* angedeutet wurde, durchaus in Richtung der rechten ESM-Kampagne und weist explizit auf das von Lucke (*BüBü*) initiierte *Plenum der Ökonomen* hin (vgl. *md magazin* 91, 4/2011: 9ff).

2.2 Feindbild Parteienstaat

Angesichts dieser Konstellation lohnt ein genauerer Blick auf den Demokratie-Begriff der rechtspopulistischen Akteure, der immer wieder mit der Forderung nach „direkter Demokratie“ verbunden ist. Im Grundsatzprogramm der *FW* heißt es dazu: „Wir FREIEN WÄHLER plädieren für die Stärkung der Demokratie [...]. Deshalb fordern wir [...] bundesweite Volksbegehren und -entscheide sowie eine Direktwahl des Bundespräsidenten und das Initiativrecht des Volkes. Wir stehen für starke Mandatsträger außerhalb von Fraktionszwängen“ (FW 2012: 2). Ähnlich klingt dies bei Schachtschneider, der in einem Video-Interview mit Elsässer²³ Volksabstimmungen als „Gegengewicht zum Parteienstaat“ fordert. Auch im DM-Buch kritisiert er den „Parteienstaat“ mit seinem Verhältniswahlrecht und bezieht sich dabei auf den konservativen Staatsrechtler Herbert von Arnim (vgl. DM: 34f, 47).

Von Arnim tritt seit Jahren als Parteienkritiker auf und verknüpft dabei die Skandalisierung von Korruption, Formen der Parteienfinanzierung und Ähnlichem mit einer Fundamentalkritik an den demokratischen Verfahren der Bundesrepublik (vgl. Wagner 2011: 32ff). Dem Grundgesetz fehle aufgrund der Besetzung die demokratische Legitimation, durch das Verhältniswahlrecht würden keine „echten“ Volksvertreter gewählt und die parlamentarische Regierungsbildung widerspreche der Gewaltenteilung nach Montesquieu (vgl. von Arnim 2001: 257ff, 309ff). Sein Gegenprogramm besteht aus der Einführung des Mehrheitswahlrechtes sowie von „Direktwahlen der Exekutivspitzen (Bürgermeister, Ministerpräsidenten, Bundespräsident)“ (ebd. 311). Im Raum steht damit ein System, in dem die Exekutive „die für kraftvolles Regieren nötige demokratische Legitimation“ hätte, wofür auch spräche, dass entsprechende „Präsidialsysteme zu geringen Staatsausgaben neigen“ (ebd. 336). Von Arnim zielt auf einen Verfahrensrahmen, in dem „Plebiszitäre Führerpersönlichkeiten [...] den Abbau sozialstaatlicher Übertreibungen“ (ebd. 209) durchsetzen könnten und sieht Volksbegehren und -entscheide in erster Linie als Möglichkeit den entsprechenden Umbau des politischen Systems voranzubringen (vgl. ebd. 320f)²⁴.

All das klingt auch in v. Arnims Beitrag zu einem Sammelband von *Mehr Demokratie* durch, in dessen Kuratorium er sitzt. Hier verkauft er die Direkt-

23 Minute 35: http://www.youtube.com/watch?feature=player_embedded&v=tk3z4ifT-zjQ#! (08.02.13). Passend dazu erschien in Elsässers Kompakt-Reihe 2010 die Ausgabe „Erfolgsmodell Schweiz – Direkte Demokratie, selbstbestimmte Steuern, Neutralität“, in der Schweizer Rechtspopulisten zu Wort kommen.

24 Dieses Programm findet den Beifall der nationalistischen Rechten (vgl. Schwab 2002) mit der v. Arnim keine Berührungängste hat, wie seine Beiträge in der *JF* und jüngst eine Publikation im *Kopp-Verlag* zeigen.

wahlen als „direkte Demokratie im weiten Sinne“ (v. Arnim 2009: 39), wenngleich er gemäß den Zielen des Vereins auf die Frage von Volksbegehren und -entscheid fokussiert²⁵. Die politisch-ökonomische Stoßrichtung verdeutlicht in diesem Band aber vor allem ein Beitrag von Habermann, der sich nicht nur bei der *Hayek-Gesellschaft* und dem *BüBü* engagiert, sondern auch Mitglied vom *Mehr Demokratie* ist. Sein mit Diana Schaal verfasster Text wirbt speziell um die Zustimmung von Unternehmern zur Forderung nach Ausweitung von Volksbegehren und -entscheiden. Die direkte Demokratie diene vor allem dazu, „die Gesetzesinflation [...] eines aktivistischen Parlaments“ (Habermann/Schaal 2009: 441) sowie die Macht der „Berufspolitiker“ und Interessengruppen – darunter explizit der Gewerkschaften – zu beschränken. Dadurch seien nicht etwa mehr Umverteilung oder gar Enteignung zu fürchten, sondern im Gegenteil sinkende Steuern und Staatsausgaben zu erwarten. Auch ein Ausbau der Mitbestimmung, die in Deutschland „freilich von der repräsentativen Demokratie gegen die Unternehmerwirtschaft durchgesetzt“ (ebd.: 444) wurde, komme damit kaum auf der Tagesordnung. Vielmehr biete die direkte Demokratie den Unternehmern „die Chance zu eigenen politischen Initiativen gegen die Demagogie der Berufspolitiker“ (ebd.: 443).

In der „Reformagenda“ der *ZK* tauchen die gleichen Positionen auf. Es geht um Senkung von Steuern und Staatsverschuldung und zugleich werden „Mehrheitswahlrecht und Gewaltenteilung“ gegen den „Parteienstaat“ in Stellung gebracht²⁶. Historisch war es wiederum Carl Schmitt, der diese Elemente erstmals systematisch verbunden hat. Auch er hat Montesquieus – auf die konstitutionelle Monarchie bezogenes – Gewaltenteilungsmodell gegen die parlamentarische Regierungsbildung gewandt und so für die Stärkung der Exekutive plädiert (vgl. Schmitt 1926: 56ff, kritisch dazu Maus 2005: 684ff) und er hat den „Parteienstaat“ nicht zuletzt deshalb kritisiert, weil er den „organisierten Interessen“, nämlich der Arbeiter/innen/bewegung, nicht standhalte und zum „Wohlfahrtsstaat“ (Schmitt 1931: 79) werde. Um diese Entwicklung rückgängig zu machen, brauche es den starken Staat, in dem die Macht der parteiförmig organisierten Interessen gebrochen sei (vgl. Schmitt 1995). An diesem Punkt trifft sich der dogmatische Etatismus der nationalistischen Rechten mit der Hoffnung der Neoliberalen

25 Bezogen auf Europa finden sich hier übrigens die Kernpunkte der nationalistischen Erzählung, denn von Arnim stellt in Frage, ob auf dieser Ebene „überhaupt ein Volk und damit eine Mindestmaß an Homogenität vorhanden ist“ und beklagt auf dieser Basis die mangelnde demokratische Legitimität des Prozesses, in dem die „Übertragung von Teilen der Souveränität von [...] Berlin nach Brüssel“ (von Arnim 2009: 52f) organisiert wird.

26 Vgl. <http://www.zivilekoalition.de/reformagenda>. Ähnlich auch das *AbDD*, vgl. <http://eurodemostuttgart.files.wordpress.com/2011/06/positionspapier.pdf> (15.02.13)

auf ein „Durchregieren“, das soziale Rechte schleift, wie die Rezeption Schmitts in beiden ideologischen Lagern zeigt²⁷. Während Schmitt aber an der reinen Akklamation (plus Direktwahl des Präsidenten) als wesentlichem „Verfahren“ der Demokratie festhielt und Volksentscheid und Volksbegehren – die Weimarer Initiative zur Fürstenenteignung vor Augen – zurückhaltend bis skeptisch beurteilt hat (vgl. Schmitt 1927), sehen seine heutigen Adepten in Plebisziten den Ansatzpunkt für eine autoritäre Transformation der parlamentarischen Demokratie.

Aus demokratietheoretischer Sicht handelt es sich um ein paradoxes Manöver. Einerseits ist die direkte Volksgesetzgebung als Ergänzung der parlamentarischen Demokratie konsequentester Ausdruck der Volkssouveränität (vgl. Maus 2012: 73ff). Andererseits soll sie hier primär dazu genutzt werden, das Parlament – also das repräsentative Moment der Volkssouveränität – zu schwächen. Das Ergebnis wäre „eine Art Wahlmonarchie, die die Verselbständigung plebiszitär legitimierter exekutivischer Instanzen gegen parlamentarische Kontrollorgane zur Konsequenz hat und den demokratischen Einfluss auf Sachentscheidungen blockiert“ (ebd.: 83). Die praktischen Erfahrungen mit Volksabstimmungen zeigen allerdings, dass sowohl solche Selbstentmachtungen des Demos als auch die Verankerung neoliberaler Projekte auf diesem Wege nicht unwahrscheinlich sind. So wurden etwa in Hessen die Direktwahlen von Bürgermeistern und Landräten (1991), die Verlängerung der Legislaturperiode (2002) und schließlich die Schuldenbremse (2011) auf diesem Wege beschlossen. Und in der Schweiz und den USA zeigt sich eine Tendenz zur „Durchsetzung konservativer oder neoliberaler Fiskalpolitik mit negativen Verteilungskonsequenzen für die unteren Einkommensschichten“ (vgl. Merkel 2011: 53), die unter anderem dadurch zu erklären ist, dass die Partizipation bei Plebisziten sozial hoch selektiv ist. Bei der Initiierung, der medialen Begleitung und der letztlich Abstimmung dominieren die höher gebildeten und vor allem finanziell besser gestellten Teile der Bevölkerung noch stärker als in den Verfahren und Institutionen der repräsentativen Demokratie und nutzen dies zur Verteidigung ihre Privilegien (vgl. ebd.: 50ff, Wagner 2011: 91ff)²⁸.

27 Eine Auslegung der Schriften Schmitts (und v. Arnims) im Sinne einer völkischen Diktatur bietet der damalige *NPD*-Ideologe Schwab (2002) und zum „Schmittismus“ der *JF* vgl. Gessenharter (2007). Zu den persönlichen und ideologischen Verbindungen zwischen Schmitt und zentralen Theoretikern des Neoliberalismus vgl. Schui u.a. (1997: 119ff), Oberndorfer (2012: 420ff) und speziell zur Schmitt-Rezeption Hayeks und den wesentlichen Parallelen zwischen beiden Scheuerman (1997).

28 Dies hat auch die Hamburger Volksinitiative gegen die Schulreform von 2010 deutlich gemacht, denn die „Beteiligung am Bürgerentscheid war bei bildungsfernen Familien, die von der Reform profitiert hätten, unterdurchschnittlich, und die Kampagne selber wurde vom ressourcenstarken Bildungsbürgertum initiiert und getragen“ (Böhnke 2011: 19).

2.3 Spannungsfeld direkte Demokratie

Dem Argument „Volksabstimmungen stärken ‘das Volk’ als Ganzes“ stehen also empirisch „paradoxe Effekte“ entgegen, wonach „hier nicht ‘das Volk’, sondern die gut situierten und wohl repräsentierten Mittelschichten noch ein weiteres Mal gestärkt werden“ (Merkel 2011: 55). Die Vorstellung „ein repräsentativer Querschnitt“ der Bevölkerung „oder gar das Volk selbst“ komme hier zum Ausdruck erweist sich als „Fiktion“ (ebd.). Diese Befunde lassen sich als besondere Formen einer allgemeinen Fiktionalität des Volkes und genereller Paradoxien des demokratischen Diskurses deuten. Schon Marx hat die Reproduktion sozialer Ungleichheit auf der Grundlage der rechtlich-politischen Gleichheit, als generelles Kennzeichen des bürgerlichen Staates analysiert (vgl. MEW 1 1976: 347ff, Demirovic 1997: 62ff). Demnach ist es nicht verwunderlich, dass sich die sozialen Gegensätze innerhalb des demokratischen Diskurses immer wieder bemerkbar machen. So nimmt das Gespenst des Volkes auch regelmäßig die Gestalt der Plebs (im allgemeinen Sinne subalternen Klassen) an, zuletzt etwa in der Diagnose der Postdemokratie von Crouch²⁹ oder in Slogans der Krisenproteste wie „We are the 99%“ und „Democracia real YA!“³⁰. Im Rahmen der normativen Demokratietheorie ist es zwar ungeachtet solcher empirischer Tendenzen nicht zulässig, den Demos mit der Plebs oder einer anderen „soziologischen Kategorie zu verwechseln“ (Maus 2012: 14), doch auch rein logisch führt die moderne „Begründung politischen Handelns aus sich selbst [...] letztlich zur Identität des Volkssouveräns und damit zu einer neuen Metaphysik des Volkes als ganzen“ (Demirovic 1997: 104). Dabei ist stets die Gefahr gegeben, dass „das identitäre Volk“ zu „autoritärem Populismus und Nationalismus als undifferenzierter Massenmobilisierung“ (ebd. 118) führt.

Genau das ist bei den rechten Kritikern „des Parteienstaates“ der Fall. Der populistische Gegensatz von „Volk versus Parteienstaat“ läuft in politischer Hinsicht auf die Selbstentmachtung des Demos zugunsten plebiszitärer Führung hinaus und vertraut in sozialer Hinsicht auf die Passivität einer Plebs, der soziale Rechte mit dem Argument genommen werden sollen, sie selbst – nämlich das Volk – habe es doch gewollt. Im Falle der Nationalisten ist dies zudem mit der beständigen Verschiebung des Volksbegriffes hin zum Ethnos verbunden, die soziale Konflikte in einen Gegensatz von „innen und außen“ transformiert und den vermeintlichen Kollektivwillen der „nationalen Schicksalsgemeinschaft“ zur

29 Demokratie bedeutet laut Crouch nicht zuletzt, dass „die Masse der normalen Bürger wirklich die Gelegenheit hat, sich [...] aktiv an der Gestaltung des öffentlichen Lebens zu beteiligen“ (Crouch 2008: 8) und „egalitäre politische Projekte zur Umverteilung von Wohlstand und Macht“ (ebd.: 11) durchzusetzen und genau das sei in der Postdemokratie nicht mehr der Fall.

Sache einer autoritären Führung erklärt. Von dieser Seite wären bei der Einführung von Plebisziten umgehend Initiativen im Stile der Schweizer Volksinitiative gegen den Bau von Minaretten zu erwarten (vgl. Häusler 2012). Wagner (2011) hat nachdrücklich draufhingewiesen, dass die nationalistischen Parteien bis hin zur NPD auf der einen und diverse neoliberale Think Tanks und Initiativen auf der anderen Seite, sowohl im Ziel einer Stärkung exekutiver Apparate als auch im plebiszitären Weg dorthin übereinstimmen und die Frage aufgeworfen, ob sich hier ein bonapartistischer Rechtsblock abzeichne. Dem stehen zwar auch wichtige Reibungspunkte zwischen beiden Lagern entgegen,³⁰ aber die rechte Anti-ESM-Kampagne weist durchaus in diese Richtung.

Auf der anderen Seite ermöglichen Plebiszite allerdings auch das punktuelle Blockieren der neoliberalen Agenda, insbesondere bei der Privatisierung öffentlicher Güter, wie etwa der Wasserversorgung. So war ein Volksbegehren in Berlin zur Offenlegung der Privatisierungsverträge erfolgreich und derzeit findet eine der ersten Europäischen Bürgerinitiativen unter dem Motto „Wasser ist Menschenrecht“ statt, die eine Verankerung der öffentlichen Wasserversorgung auf EU-Ebene fordert. Dadurch geriet der Berliner Senat ebenso unter Druck wie die EU-Kommission, die zeitgleich an einer Richtlinie mit dem Ziel weiterer Privatisierung im Wasserbereich arbeitete. Zwar lässt sich hier argumentieren, dass die partizipationsfreudigen Mittelschichten von der Privatisierung (ebenso wie von Studiengebühren, die kürzlich durch ein Volksbegehren in Bayern gekippt wurden) auch stärker betroffen sind als von einer generellen Austeritätspolitik. Dennoch zeigt dies, dass die politisch-ökonomischen Effekte einer Ausweitung von Plebisziten von komplexen gesellschaftlichen Kräfteverhältnissen abhängen und keiner generellen Tendenz folgen. Zudem kann es der Linken nicht darum gehen Fragen des demokratischen Verfahrens ihren (vermeintlichen) sozialen Effekten einfach unterzuordnen, was in letzter Konsequenz auf eine andere Form autoritären Populismus hinausläufe, nämlich eine elitäre Herrschaft im Namen der Plebs. Somit ist nicht zu bestreiten, dass Plebiszite demokratiethoretisch nur konsequent und als Ausweitung von Partizipationsmöglichkeiten grundsätzlich zu begrüßen wären. Andererseits sollte klar sein, dass diese Möglichkeit von der Rechten umgehend für Angriffe auf den demokratischen Gehalt des Parlamentarismus und den Sozialstaat sowie zur rassistischen Mobilisierung genutzt würde.

Insofern handelt es sich bei der direkten Demokratie nicht per se um einen „Modus emanzipatorischer Partizipation“, sondern primär um „ein Kampffeld“

30 Dies betrifft unter anderem die Differenzen zwischen einer nach Kosten-Nutzen-Kalkülen gesteuerten Einwanderungspolitik und einem völkischen Fundamentalismus sowie zwischen einer strikt neoliberalen Ausrichtung und der Vorstellung von einem „völkischen Sozialstaat“ im Umfeld der NPD.

(Wagner 2011: 132), über dessen Ambivalenzen sich die zahlreichen Anhänger des Konzeptes in sozialen Bewegungen im Klaren sein sollten. Dass Bündniskonstellationen, wie sie sich in der ESM-Frage angedeutet haben, für diejenigen, „denen es um die Verbesserung der Teilhabe und Partizipation der großen Mehrheit“ (ebd.) geht, nicht in Frage kommen, sollte sich dann von selbst verstehen. Pragmatisch stellt sich zudem die Frage, ob die ohnehin knappen Kräfte gerade durch diesen Verfahrensaspekt gebunden werden sollten, während die parlamentarische(n) Demokratie(n) in Europa zunehmend in ein Regime autoritärer Expertokratie im Zeichen der Austerität mutiert (vgl. PROKLA 168). Von Perspektiven der freien Assoziation, jenseits der Aporien von Volk und Souveränität, einmal ganz abgesehen.

3. Ein kommender Rechtsblock?

Im schmalen Parteiprogramm der *AfD* (2013) werden erwartungsgemäß „Volksabstimmungen und -initiativen nach Schweizer Vorbild“ gefordert und es heißt die „Parteien sollen am politischen System mitwirken, es aber nicht beherrschen“. Gegenüber vollmundigen Kritiken „des Parteienstaates“ und eindeutigen Forderungen nach einer Stärkung der Exekutive ist dies relativ zurückhaltend formuliert. Ein solches Austarieren ist auch hinsichtlich anderer Kernpunkte der nationalistischen Rechten zu erkennen. Daran zeigt sich eine der Schwierigkeiten die dem von Wagner befürchteten Rechtsblock entgegenstehen, nämlich der Spagat zwischen einer Einbindung des nationalistischen Milieus und der gleichzeitigen Präsentation als „seriöse demokratische Alternative“, der auch an der Medienberichterstattung deutlich wurde.

Die *AfD* steht zugleich in Konkurrenz zu den kleinen Rechtsparteien, den (deutlich geschwächten) *FW* und der rechtspopulistischen Subströmung der Regierungsparteien. In diesem Spannungsfeld sind bisher alle entsprechenden Projekte zerrieben worden. Je nach weiterem Verlauf der Krise, ist es allerdings nicht ausgeschlossen, dass der *AfD* dieser Spagat gelingt. Im schlimmsten Falle käme es so wohl zu einer weiteren Normalisierung des Ultrationalismus à la *Junge Freiheit* und der Etablierung eines entsprechenden Koalitionspartners der *CDU* an Stelle der *FDP*. Wahrscheinlicher scheint zunächst aber, dass die rechtspopulistischen Stimmen in den Regierungsparteien selbst gestärkt werden, um Stimmabwanderungen abzufangen, was freilich für die öffentliche Deutung der Krise auch nichts Gutes verheißt.

Laut ersten Umfragen können sich bis zu einem Viertel der Wahlberechtigten grundsätzlich vorstellen die *AfD* zu wählen, darunter viele Anhänger/innen der *CDU* und vor allem *FDP*. Aber dies gilt auch für ein knappes Drittel der

potenziellen Wähler/innen der *LINKEN*. Nun ist es nichts Neues, dass es ein relativ hohes diffuses Protestpotenzial gibt, dass sich in überraschenden Erfolgen für Rechtsparteien entladen kann und es ist auch nicht neu, dass die *LINKE* an dieser Stelle in direkter Konkurrenz zu diesen Parteien steht. In diesem wichtigen Kampf um die Einbindung des Alltagsverstandes kann es allerdings nur darum gehen eine konsequente Alternative sowohl zur bisherigen Krisenpolitik als auch zur *AfD* zu präsentieren. Gerade weil die „Euroskepsis“ mehr ein diffuses, medial geprägtes Krisenbewusstsein zum Ausdruck bringt, als dass sie auf die entscheidenden Ursachen der Krise hinweist, wäre es kontraproduktiv in eine Debatte über die vermeintlich „bedenkenswerten Punkte“ der *AfD* einzusteigen, die so gar nicht auf der Tagesordnung stehen³¹. Vielmehr gilt es die sozialen Folgen ihrer marktradikalen und fiskalpolitischen Positionen deutlich zu machen und sie zu zwingen in der Demokratiefarbe zu bekennen.

Literatur

- AfD (2013): *Wahlprogramm der Alternative für Deutschland*. <https://www.alternativefuer.de/partei/programm> (02.05.13)
- Balibar, Etienne (2005): *Sind wir Bürger Europas?* Bonn.
- Berger, Jens (2011a): *Von der deutschen Tea Party zur Henkel-Partei*. <http://www.nachdenkseiten.de/?p=10973> (04.03.13)
- (2011b): *Bürgerkonvent 2.0 – die deutsche Tea-Party-Bewegung*. <http://www.nachdenkseiten.de/?p=10678> (04.03.13)
- (2012): *Wahlalternative 2013 – aus den Freien Wählern sollen freie (Markt-)Radikale werden*. <http://www.nachdenkseiten.de/?p=14670> (04.03.13)
- BFB (Bund Freier Bürger) (1994): *Wer wir sind und was wir wollen*. München.
- Böhnke, Petra (2011): Ungleiche Verteilung politischer und zivilgesellschaftlicher Partizipation. *Aus Politik und Zeitgeschichte* 1–2/11: 18–25.
- Crouch, Colin (2008): *Postdemokratie*. Frankfurt/M.
- Demirović, Alex (1997): *Demokratie und Herrschaft*. Münster.
- Demirović, Alex/Sablowski, Thomas (2011): Finanzdominierte Akkumulation und die Krise in Europa. In: *PROKLA* 1/11: 77–106.
- DM (2012): Bandulet, Bruno/Hankel, Wilhelm/Schachtschneider, Karl Albrecht/Ramb, Bernd-Thomas/Ulfkotte, Udo: *Gebt uns unsere D-Mark zurück!* Rottenburg.
- Fisahn, Andreas/Passadakakis, Alexis/Wahl, Peter (2012): Demokratie statt autoritäre Integration. In: *Sand im Getriebe* 97: 14–16.
- FW (2012): *Grundsatzprogramm der Bundesvereinigung FREIE WÄHLER* (<http://www.freiewaehler.eu/wp-content/uploads//2012/10/Grundsatzprogramm-Stand-2012-10-20.pdf>) (12.02.13)

31 Das betrifft unter anderem die theoretischen Möglichkeiten einer „Währungspolitik nach dem Euro“, die Parole „die Gläubiger sollen zahlen“ im Sinne eines chaotischen „marktwirtschaftlichen“ Entwertungsprozesses oder mögliche inflatorische Tendenzen von längerfristigen Versuchen die Krise geldpolitisch zu lösen.

- Georgi, Fabian/Kannankulam, John (2012): *Das Staatsprojekt Europa in der Krise*. Brüssel. <http://rosalux-europa.info/userfiles/file/Staatsprojekt-Europa-Okt-2012.pdf> (01.03.13)
- Gessenharter Wolfgang (2007): Der Schmittismus der „Jungen Freiheit“ und seine Unvereinbarkeit mit dem Grundgesetz. In: Braun, Stephan/Vogt, Ute (Hg.): *Die Wochenzeitung „Junge Freiheit“*. Wiesbaden, S.77-94.
- Habermann, Gerd/Schaal, Diana (2009): Pro und Contra direkte Demokratie – 22 Argumente für skeptische Zeitgenossen. In: Heußner, Hermann K./Jung, Otmar (Hg.): *Mehr direkte Demokratie wagen*. München: 431-446.
- Häusler, Alexander (2012): Selektive Inanspruchnahme des Demokratischen. Rechtspopulistische Politik der Feindbilder im Namen der Meinungsfreiheit. In: Braun, Stephan/Geisler, Alexander (Hg.): *Die verstimmte Demokratie*. Wiesbaden: 131-140.
- Holtmann, Everhard (2012): Parteifrei im Parteienstaat – Kommunale Wählergemeinschaften in der politischen Landschaft der Bundesrepublik Deutschland. In: *Politik an den Parteien vorbei*. Baden-Baden: 25-50.
- Huke, Nikolai/Triandafilidou, Haris (2012): Rechtspopulismus in der Euro-Krise. In: Forschungsgruppe Europäische Integration (Hg.): *Rechtspopulismus in der Europäischen Union*. Hamburg: 13-34.
- Maerler, Anton (2009): Auf rechten Abwegen. In: *Blick nach rechts*, 06/09: 6.
- Maus, Ingeborg (2005): Zur Verteidigung der Verfassungsprinzipien des alten Europa (I). In: *Blätter für Deutsche und Internationale Politik* 6/05: 679-692.
- (2012): Über Volkssouveränität. Frankfurt/M.
- Merkel, Wolfgang (2011): Volksabstimmungen: Illusion und Realität. In: *Aus Politik und Zeitgeschichte* 44–45/11: 47-55.
- MEW, Marx-Engels-Werke, Bd. 1 (1976) – Karl Marx: Zur Judenfrage. Berlin
- Oberndorfer, Lukas (2012): Die Renaissance des autoritären Liberalismus? In: *PROKLA* 168: 413-431.
- Ohanian, Mathias (2012): Offener Brief gegen Bankenunion: Hans-Werner Sinn, die Euro-Krise und der Stammtisch. In: *Financial Times Deutschland* vom 06.07.2012.
- Scheuerman, William E. (1997): The unholy alliance of Carl Schmitt and Friedrich A. Hayek. In: *Constellations*, 2/97: 172–188.
- Schmitt, Carl (1926): *Die geistesgeschichtliche Lage des heutigen Parlamentarismus*. 2. Auflage. München, Leipzig.
- (1927): *Volksentscheid und Volksbegehren*. Berlin, Leipzig.
- (1931): *Der Hüter der Verfassung*. Tübingen.
- (1995) [1932]: Starker Staat und gesunde Wirtschaft. In: Ders.: *Staat, Großraum, Nomos. Arbeiten aus den Jahren 1916-1969*. Berlin, S. 71-85.
- Schui, Herbert u.a. (1997): *Wollt ihr den totalen Markt?* München.
- Schwab, Jürgen (2002): *Volksstaat statt Weltherrschaft*. Tübingen.
- Troost, Axel (2012): *Die Euro-Krise, die EZB, die LINKE und das liebe Geld*. http://www.nachdenkseiten.de/?p=14687#note_1 (5.3.13)
- von Arnim, Hans Herbert (2001): *Das System*. München.
- (2009): Vom Mehrwert direkter Demokratie. In: Heußner, Hermann K./Jung, Otmar (Hg.): *Mehr direkte Demokratie wagen*. München, S. 39-45.
- Wagner, Thomas (2011): *Demokratie als Mogelpackung*. Köln.
- Zimmermann, Jens (2011): Völkische Globalisierungsfeindschaft in der Deutschen Stimme. In: *Forum für Kritische Rechtsextremismusforschung* (Hg.): *Ordnung, Macht, Extremismus*. Wiesbaden: 307-326.